expertenReport



Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Staatsschulden: Pro Kopf stehen inzwischen mehr als 33.000 Euro zu Buche

Michael Fiedler

Die öffentliche Verschuldung ist binnen zehn Jahren um fast ein Drittel gestiegen. Besonders stark legten die Schulden des Bundes zu. Ein IW-Kurzbericht zeigt zugleich erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern: Während Bremen und Sachsen-Anhalt weiter Schulden aufbauen, konnten Rheinland-Pfalz und das Saarland ihre Verschuldung senken – allerdings auch dank besonderer Rahmenbedingungen.

Bremen und Sachsen-Anhalt mit besonders starkem Anstieg

Die größten absoluten Zuwächse der Pro-Kopf-Verschuldung von Ländern einschließlich ihrer Kommunen verzeichnete Bremen. Dort stiegen die Schulden innerhalb von zehn Jahren um 3.933 Euro je Einwohner. Sachsen-Anhalt folgt mit einem Plus von 3.223 Euro. Auch Schleswig-Holstein und Hamburg weisen mit jeweils mehr als 2.000 Euro einen deutlichen Anstieg auf. In Brandenburg und Berlin erhöhte sich die Verschuldung um 1.775 beziehungsweise 1.692 Euro je Einwohner. Bemerkenswert ist die Entwicklung in Sachsen: Dort hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung im Untersuchungszeitraum nahezu verdoppelt. Allerdings erfolgte dieser Anstieg von einem ausgesprochen niedrigen Ausgangsniveau. Sachsen bleibt nach Angaben des IW das Bundesland mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung. Bayern folgt auf dem zweiten Platz.

Nur zwei Bundesländer konnten Schulden abbauen

Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Rheinland-Pfalz reduzierte die Pro-Kopf-Verschuldung um 1.176 Euro beziehungsweise 10,6 Prozent. Im Saarland sank sie um 1.359 Euro oder 7,5 Prozent. Allerdings war dieser Schuldenabbau teilweise von besonderen Umständen begünstigt. Im Saarland spielten vor allem Konsolidierungs- und Sanierungshilfen des Bundes eine wichtige Rolle. Zwischen 2016 und 2025 erhielt das Land knapp 3.500 Euro pro Einwohner. Ohne diese Unterstützung wäre die Verschuldung nach Einschätzung des IW deutlich gestiegen. In Rheinland-Pfalz dürften unter anderem höhere Grundsteuerhebesätze und Gewerbesteuereinnahmen von BioNTech zur Entwicklung beigetragen haben. Hinzu kam in beiden Ländern ein vergleichsweise geringer Personalaufbau im öffentlichen Dienst. Trotz des Schuldenrückgangs bleibt

das Saarland das Flächenland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung.

IW kritisiert finanzielle Belastung der Kommunen

Besonders kritisch bewertet IW-Ökonom Björn Kauder die finanzielle Situation der Kommunen. Diese müssten Aufgaben erfüllen, deren Umfang häufig auf Bundesebene festgelegt werde, ohne dass die Finanzierung ausreichend gesichert sei. „Der Bund hat den Ausbau der Kinderbetreuung und steigende Sozialleistungen beschlossen – tragen müssen das die Kommunen“, sagt Kauder. Wenn der Bund den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertrage, müsse er auch für eine entsprechende Finanzierung sorgen. Die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden seien begrenzt. Während viele laufende Ausgaben kaum kurzfristig reduziert werden könnten, gerieten insbesondere kommunale Investitionen unter Druck. „Wenn Kommunen kein Geld mehr für Straßen, Schulen und den Nahverkehr haben, sehen das die Bürger direkt und stellen die Leistungsfähigkeit des Staates infrage“, warnt Kauder. Angesichts der angespannten Haushaltslage spricht sich der Ökonom zudem dafür aus, den Umfang staatlicher Sozialleistungen grundsätzlich zu überprüfen.

Schulden allein sagen wenig über die Finanzpolitik aus

Der IW-Kurzbericht weist allerdings darauf hin, dass die reine Schuldenentwicklung nur einen Teil der finanziellen Situation abbildet. So kann eine höhere Verschuldung gerechtfertigt sein, wenn damit Investitionen finanziert werden, die langfristig den öffentlichen Kapitalstock erhöhen. Umgekehrt muss ein Schuldenabbau nicht zwangsläufig positiv sein, wenn gleichzeitig notwendige Investitionen unterbleiben. Die Untersuchung zeigt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Schuldenentwicklung und öffentlichen Sachinvestitionen. Sowohl die Länder mit deutlichem Schuldenabbau als auch Bremen und Sachsen-Anhalt mit ihren starken Schuldenzuwächsen erhöhten ihre Sachinvestitionen überdurchschnittlich. Auch das Finanzvermögen beeinflusst die Bewertung. Bremen und Sachsen-Anhalt gehören bei einer gemeinsamen Betrachtung von Schulden und Finanzvermögen weiterhin zu den Ländern mit der ungünstigsten Entwicklung. Sachsen und Berlin konnten dagegen ihr Finanzvermögen deutlich ausbauen. Der IW-Kurzbericht kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass neben der Verschuldung auch Investitionen, Vermögenswerte und finanzielle Hilfen des Bundes berücksichtigt werden müssen.

Angesichts hoher kommunaler Defizite und der gelockerten Schuldenbremse für die Länder erwartet das Institut, dass die öffentliche Verschuldung weiter an Dynamik gewinnen könnte.

Zur Untersuchung: Der IW-Kurzbericht 81/2026 „Dynamik der Verschuldung von Ländern und Kommunen“ von Björn Kauder erschien am 8. November 2026. Die Analyse vergleicht die öffentliche Pro-Kopf-Verschuldung zwischen dem 30. Juni 2016 und dem 30. Juni 2026 auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4952935/Staatsschulden-Pro-Kopf-stehen-inzwischen-mehr-als-33000-Euro-zu-Buche/